

worden sind“ (S. 38). Nur für einen relativ kurzen Zeitraum sah die Situation für die nationalsozialistischen Funktionselite in den Westzonen anders aus. „Mit der Staatsgründung 1949 wurde die Verantwortung für die Entnazifizierung endgültig in die Hände der jungen Bundesrepublik gelegt. ... Der frappierende Mangel an qualifizierten Kräften, die Suche der neugegründeten Parteien nach Mitgliedern sowie die Möglichkeit, MitbürgerInnen durch ein Zeugnis von Schuld reinzuwaschen (Persilschein), führte zu einer zuweilen recht nachlässigen Entnazifizierung ...“ (S. 34).

Gewissermaßen entschuldigend verweisen die Autoren auf eine Besonderheit der Entwicklung nach 1945: Man mußte den Umbruch mit den eigenen Leuten bewältigen, während man in den Südstaaten und den neuen Ländern auch Spezialisten für Demokratie und Marktwirtschaft aus dem „Hauptland“ mobilisieren konnte.

An diesem Beispiel offenbart sich das Problem des Drei-Regionen-Vergleichs: eine gewisse Inkongruenz des westdeutschen Falles mit den beiden anderen.

In den Beispielen Südstaaten und DDR teilte sich ein Land nach Jahrzehnten gemeinsamer Vergangenheit für eine kürzere oder längere konfrontative Periode, die durch heißen bzw. Kalten Krieg gekennzeichnet war. Nach der Niederlage der abgefallenen Region hielt es die Zentralregierung für ihre Pflicht, für eine dauerhafte Integration des wiedergewonnen Gebietes in des „Hauptland“ zu sorgen.

Anders war die Situation der Westzonen nach dem Kriege. Die westlichen Siegermächte kamen mit der Absicht, sich wieder zurückzuziehen. Sie wollten ihre Errungenschaften, Demokratie und Marktwirtschaft, auf das Wiederaufbaugbiet übertragen, aber niemals – abgesehen von Frankreichs Absichten mit dem Saargebiet – Westdeutschland politisch und wirtschaftlich in ihren Staat integrieren.

Es ist daher nur auf den ersten Blick überraschend, wenn sich der Vergleich

zwischen der DDR nach 1989 und den Südstaaten der USA nach 1865 für die Autoren als weitaus fruchtbarer erwies, als der zwischen der Umbruchsituation in den Westzonen nach 1945 und den neuen Bundesländern Anfang der neunziger Jahre.

Insgesamt sind die Ergebnisse dieses Vergleichs der Reintegrationsfälle im Hinblick auf Ostdeutschlands Eingliederung in die Bundesrepublik nicht sehr ermutigend. Wie in den Südstaaten der USA nach dem Bürgerkrieg sich ein „Lost Cause“-Mythos entwickelte, so hat sich in den neuen Bundesländern die „Ostalgie“ ausgebreitet. „Daß die Republikaner es ... nicht geschafft haben, die regionale Identität des Südens aufzulösen und diesen in die Union zu integrieren, sondern in ihrem Bemühen zahlreiche Rückschläge verzeichnen mußten, könnte für die Zukunft des vereinten Deutschland nachdenklich stimmen“, resümieren die Autoren die Ergebnisse des Vergleichs zwischen den Südstaaten der USA und den Ostländern der Bundesrepublik (S. 47).

Jörg Roesler

Thomas Raabe, SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1949–1961, (Schöningh, Paderborn 1995, 294 S. (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen; Bd. 70).

Bei der Arbeit *Raabes* handelt es sich um eine 1994 von der Ludwig-Maximilians-Universität München angenommene, von Hans Günter Hockerts betreute historische Dissertation, die der Autor für die Ende 1995 erschienene Buchausgabe ergänzt und überarbeitet hat; 1997 kam bereits eine zweite Auflage heraus. Der Verf. hat mit dieser Untersuchung seine Forschungen zu diesem Thema beendet und arbeitet seit 1995 als Pressesprecher der Berliner Senatsverwaltung für Inneres. Die Kommission für Zeitgeschichte, eine von den katholischen Kirchensteu-

erzählern der Bundesrepublik finanzierte Einrichtung (mit Forschungsstelle in Bonn), verdeutlichte mit der Aufnahme von *Raabes* Arbeit in ihre Reihe, daß sie – im Rahmen ihrer den deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jh.s umspannenden Tätigkeit – in der Kirchengeschichte von SBZ und DDR einen weiteren Schwerpunkt ihrer Einzelstudien und Quelleneditionen setzen will.

Raabe ging es wie vielen, die nach Wende und Ende der DDR deren Geschichte zu analysieren suchten und während ihrer Arbeit am Thema – *Raabes* Archiv-Forschungen datieren schwerpunktmäßig 1991/92 – das rasante Anwachsen der Quellen auf ein selbst für Spezialstudien oft kaum noch überschaubares Maß registrieren mußten. Insofern gibt es objektive Schwierigkeiten bei der Strukturierung solcher Stofffülle. *Raabes* Buch ist kein Werk aus einem Guß. Es besteht aus drei Teilen, deren Verknüpfung nur begrenzt gelungen ist. Er gliedert seine Untersuchung in einen kurzen Abriss der Ausgangssituation, in eine Beschreibung der Exponenten der Auseinandersetzung zwischen DDR-Staat und Katholiken, in eine (besonders isoliert dastehende) Skizze von „DDR-Kirchenpolitik im Zeichen der Sowjetisierung 1949/50“ und in „Kirchenpolitische Fallstudien“. Auf den 60 Seiten seines Hauptkapitels über die Exponenten gibt *Raabe* einen guten Überblick über das kirchenpolitische Beziehungsgeflecht der zwölf Jahre zwischen Staatsgründung und Mauerbau; zur Vervollständigung wären noch zwei Absätze zum Friedensrat der DDR und zu den kirchenrelevanten Aspekten der Organe des DDR-Außenhandels wünschenswert gewesen. Kritisch bewertet *Raabe* die Funktion von Otto Nuschke als Chef der Ost-CDU, würdigt aber dessen (in *Raabes* Sicht indes meist erfolglosen) Einsatz für Belange beider Kirchen als stellvertretender Ministerpräsident (S. 60ff., 68, 71, 86ff. u. 267).

Raabes „Fallstudien“, die mehr als die Hälfte seines Manuskripts ausmachen, sind informativ, stehen aber ziemlich un-

vermittelt nebeneinander. Gelungen sind besonders die beiden Abschnitte über die „Einrichtung einer katholischen Hochschule in Erfurt“ und über den „Kampf der SED gegen die christliche Jugendarbeit“. Behandelt werden außerdem „Schule und sozial-karitativer Bereich als Konfliktfelder zwischen Kirche und Staat“, „Jugendweihe und andere sozialistische Riten als Konfliktpotentiale zwischen Kirche und Staat“ sowie „Katholikentage, kirchliche Wallfahrten und staatliche Interventionen“. Bei *Raabes* „Fallstudie“ Nr. 6 handelt es sich um die Zusammenfassung dreier weiterer Exempel, nämlich die Verschärfung des Grenzregimes 1952, den 17. Juni 1953 und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft 1960/61. Einerseits gibt es in den „Fallstudien“ Überschneidungen zu den „Exponenten“, andererseits vermißt man gezielte Querverweise, und in einer zwanzigseitigen Reklapfechtung wird vieles einfach nur rekapituliert. Insgesamt entfaltet *Raabe* gleichwohl ein breites Themenspektrum, bietet aber weniger, als der Leser nach dem eine analytische Gesamtdarstellung nahelegenden Titel „SED-Staat und katholische Kirche – Politische Beziehungen“ erwarten zu dürfen geneigt ist.

Einige Interpretationen, Bewertungen und Thesen in *Raabes* Arbeit dürfen kritisch befragt werden, so z. B. die Aussage (S. 40f.), es habe „in der DDR keine Institution gegeben, die engere Kontakte zur Bundesrepublik gehabt hat als die katholische Kirche“. Gerade in dem von *Raabe* behandelten Zeitraum vom Ende der vierziger Jahre bis zum Mauerbau waren maßgebliche Kräfte des deutschen Protestantismus auch politisch noch dezidiert gesamtdeutsch engagiert (so anfechtbar eine solche Entschiedenheit auch sein mochte und so hart dann Enttäuschungen und Umorientierungen nach 1961 waren). Zweifel sind auch an den Ansichten *Raabes* zur Gültigkeit und Anwendbarkeit der Konkordate im Gebiet der DDR und Ost-Berlins sowie zur Rechtsgrundlage kirchlicher Arbeit überhaupt (S. 30f. und 252) erlaubt, etwa,

wenn er schreibt, die katholische Kirche habe in der DDR de facto keine Rechte besessen, die sie habe einklagen können; der Differenziertheit der Wirklichkeit der DDR dürfte – unbeschadet aller grundsätzlichen Problematik ihrer „sozialistischen Rechtsordnung“ – m. E. eher die These nahekommen, daß beide großen Kirchen in der DDR (in deren zweiter Lebenshälfte gewiß mehr als in deren erster) faktisch weit mehr Wirkmöglichkeiten und Freiräume besaßen, als ihnen bei DDR-üblicher Auslegung von Gesetzen und Verordnungen „zugestanden“ hätten, oder umgekehrt: Hätte die Staatsmacht die Kirchen tatsächlich auf das förmlich Einklagbare beschränkt, hätte es allerdings weit, weit trüber ausgesehen.

Schließlich lassen sich zum unstrittigen Befund der tiefgreifenden Säkularisierung der DDR-Bevölkerung auch andere Deutungen vornehmen, als dies *Raabe* mit den Worten tut, das Ansteigen des Anteils der Nichtchristen auf 70 Prozent sei ein spätes Ergebnis der SED-Kirchenpolitik (S. 272), die damit noch heute ihre „verwüstende Wirkung“ offenbare. Waren die Gegebenheiten im sozialistischen Deutschland auch andere als in Polen, wo die Staat-Kirche-Auseinandersetzung und die nationale Schutzfunktion des Katholizismus in den siebziger und achtziger Jahren offenkundig als retardierendes Moment des Säkularisierungsprozesses wirkten, so scheint gerade die innergesellschaftliche Entwicklung der DDR nach dem Mauerbau eine derartig monokausale Erklärung wie die von *Raabe* mindestens zu relativieren.

Martin Höllen

Andreas Malycha, Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Dietz, Berlin 1996, 350 S.

Nach seinem Band über die SED-Gründung von 1946¹ untersucht der Ber-

liner Historiker *Andreas Malycha* in einer Folgestudie die Transformation der vereinigten Arbeiterpartei in eine am stalinistischen Vorbild ausgerichteten Partei neuen Typs. Der provokativ formulierte Titel „Partei von Stalins Gnaden?“ ist indes etwas irreführend, da *Malycha* schon auf den ersten Seiten anmerkt, daß seine Darstellung zur „Interaktion“ zwischen den sowjetischen Besatzern und der SED-Führung „keine neuen Erkenntnisse liefern“ könne (S. 22). Seine Studie konzentriert sich in diesem Kontext auf die Frage, mit welchen Methoden „die zentralen Weichenstellungen in der SED durchgesetzt“ wurden, ob eventuelle „Handlungsspielräume“ durch die SED-Führung „wahrgenommen und genutzt“ wurden, und wie die Kommunisten ihr marxistisch-leninistisches Parteiverständnis in der SED durchsetzten. Dabei orientiert er sich an dem in der Forschung kontrovers diskutierten Problem, inwieweit die Entwicklung der SBZ durch die Moskauer Nachkriegsplanungen vorgeprägt war, und inwieweit es sich um einen historischen Prozeß mit Alternativen handelte (S. 26ff.). Warum *Malycha* für diesen Vorgang den Begriff „Stalinisierung“ verwendet, wenn er doch eigentlich „Sowjetisierung“ in der Definition seines Potsdamer Kollegen Michael Lemke² meint, wird trotz seiner terminologischen Erörterungen nicht ersichtlich (S. 14ff.).

Einleitend skizziert der Verf. Lenins Konzeption einer „Partei neuen Typs“ mit ihrem ausgeprägten Avantgarde-Verständnis und einem streng hierarchischen Aufbau (S. 33) sowie Stalins Weiterentwicklung des Modells in Form einer brutalen Radikalisierung der Partei-säuberungen. Zum besseren Verständnis der weiteren Entwicklung der SED referiert *Malycha* an dieser Stelle noch einmal seine Ergebnisse zur Parteigründung 1945/46, wobei er besonders darauf abhebt, daß die Volksfrontpolitik der KPD eine rein taktische Funktion erfüllte, während die Partei ungebrochen am sowjetischen Modell festhielt (S. 56f.). In dieses Bild paßt es dann aber nicht, daß